

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Jahresbericht

der Koordinationsgruppe Israel / OT / PA 2013

AMNESTY INTERNATIONAL

Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V.
Koordinationsgruppe Israel/Besetzte Gebiete/
Palästinensische Autonomiegebiete (2415)
Claudia Bergmann
Rösrather Strasse 69
51107 Köln
T: 0221 3105027
E: ai2415@gmx.de .
W: <http://amnesty-koeln-gruppe2415.de/>

SPENDENKONTO.

Bank für Sozialwirtschaft .
IBAN: DE23370205000008090100
Kennwort: 2415

Vortwort

In diesem Heft werden noch einmal alle Menschenrechtsverletzungen in der Region Israel, besetzte palästinensische Gebiete und Palästinensische Autonomiegebiete, mit denen sich die Länderkoordinationsgruppe der deutschen Sektion im Jahr 2013 schwerpunktmäßig befasst hat, dargestellt.

So konnte z.B. beobachtet werden, dass friedliche Proteste der Palästinenser gegen Landraub und Bewegungseinschränkungen sowohl seitens jüdischer Siedler als auch israelischer Militärs zugenommen haben. Leider wird diesen friedlichen Protesten von israelischer und von palästinensischer Seite mit exzessiver Gewalt entgegengetreten (siehe Berichte Sei still! Wir sind die Polizei und Mit dem Finger am Abzug). Vorfälle dieser Art, bei denen es zu Verletzungen und Tötungen von Zivilisten kommt, werden nicht untersucht.

Weitere Schwerpunkte waren sowohl die Verhängung der Todesstrafe durch die Defakto-Regierung der Hamas in Gaza als auch Inhaftierungen von Asylsuchenden und Wehrdienstverweigerern in Israel und die Vertreibung der Beduinen in der besetzten Westbank.

Israels Besatzung etwas entgegenstellen: Palästinenser erschaffen Dorf 'Tor der Sonne'

15. Januar 2013 Bericht von [Conor Fortune](#)

In den frühen Morgenstunden des 13. Januar 2013, umzingelten mehr als 500 israelische Polizeikräfte die etwa 130 palästinensischen Aktivisten in einem Protestcamp auf den Hügeln gegenüber der illegalen israelischen Siedlung Ma'ale Adumim, die östlich von Jerusalem in der besetzten Westbank liegt.

Das Camp, das die Aktivisten als Dorf zum Tor der Sonne (Bab al-Shams) bezeichnet hatten, war zwei Tage zuvor auf einem palästinensischen Privatgrundstück errichtet worden, um gegen die israelische Besatzung

und den fortlaufenden Ausbau von illegalen Siedlungen zu protestieren, die mit Zwangsvertreibungen in der Westbank Hand in Hand gehen.

Entgegen des Urteils des Hohen Gerichtshofs vom 11. Januar 2013, dass das Camp nicht entfernt werden sollte, kamen auf Anordnung der israelischen Regierung schwer bewaffnete Polizisten ins Dorf, um die friedlichen Demonstranten zu räumen.

Als ich morgens wach wurde, begann ich, mich telefonisch nach den Aktivisten zu erkundigen. Ich erreichte Zaid, einen Aktivist, den ich im vergangenen Jahr kennen gelernt hatte, als er von Bediensteten der Polizeikräfte der Palästinensischen Autonomiebehörde zusammengeschlagen worden war, weil er in Ramallah friedlich protestiert hatte.

Er bat mich, ihn später erneut anzurufen, weil er sich bei seinem Bruder im Krankenhaus befand. Dieser hatte durch die Polizeigewalt während der Vertreibung innere Blutungen in der Nähe seines Auges erlitten. Soviel zu den Medienberichten und den israelischen Behauptungen, dass die Räumung „friedlich“ vollzogen worden sei.

Ich versuchte, einige andere zu erreichen und sprach schließlich über eine Videoverbindung mit Sameer. Nach Jerusalem Zeit war es da etwa sechs Uhr abends, und er war gerade wach geworden.

„Mein Körper fühlt sich an, als wenn er aus einem einzigen großen blauen Fleck besteht“, sagte er. „Sie haben mich schwer geschlagen und die Kälte hat es noch schlimmer gemacht.“ Er stöhnte vor Schmerzen, als er sich ausstreckte, um nach einer Zigarette zu greifen, bevor er beschrieb, was geschehen war. Er blies den Rauch aus und sagte:

„Es war ganz dunkel und extrem kalt. Hunderte kleiner Lichter, Blitzleuchten wie die Bereitschaftspolizei sie hat, kamen aus allen Richtungen. Das hatte etwas Surreales, als wenn wir uns in einem Science Fiction Film befänden.“

„Gegen zwei Uhr morgens begannen sie, uns zu räumen. Es waren Hunderte von Bereitschaftspolizisten. Mit ihrer Ausrüstung und ihrer Körperver-

panzerung sahen sie aus wie Sondereinsatztruppen, und es waren nur 130 von uns in der Mitte des Dorfes zusammengekauert.“

„Wir haben uns nicht gegen die Räumung gewehrt, aber wir haben auch nicht mit ihnen kooperiert. Die Soldaten begannen uns alle einzeln wegzubringen. Um uns auseinander zu bringen, traten sie zu, und dann trugen jeweils vier bis sechs Soldaten einen von uns weg.“

„Ich wurde mehrmals so heftig auf mein Bein getreten, dass ich das Gefühl hatte, es wäre gebrochen. Drei Soldaten zogen mich weg. Und als ich außer Sichtweite der Journalisten war, fingen sie an, mir mit ihren Ellbögen in den Körper zu stoßen und in den Rücken zu treten. Und dann warfen sie mich auf den Boden, wo einige Steine lagen. Zwei der Soldaten traten mich, als ich am Boden lag. Man schlug mir in den Nacken und wieder auf mein Bein und meinen Rücken.“

„Dann wurde ich mit etwa 40 anderen Aktivisten in einen Polizeibus gebracht, wo wir alle übereinander lagen. Einige von uns hätten dringend medizinisch behandelt werden müssen. In der Nähe des Gefangenenbusses konnte ich die Ambulanzwagen sehen. Doch trotz unserer wiederholten Forderungen, lehnten sie es ab, irgendjemanden zu behandeln.“

„Das Dorf steht für gewaltfreien und sinnvollen Widerstand – eine praktische Herausforderung an die israelische Unterdrückung und Ungerechtigkeit. Es wurde von jungen Palästinensern geschaffen, die keiner Gruppe oder Partei verbunden sind. Es ist nur natürlich, dass Israel uns stoppen will. Wir haben die Räumung erwartet, aber das wird uns nicht davon abbringen, unsere Menschenrechte zu verteidigen.“

Die Aktion war in der Tat inspirierend. Sie stellte ein neues und kreatives Beispiel dafür auf, wie Palästinenser ihre Menschenrechte auf friedliche Weise verteidigen. Aber die Geschichte von Bab al-Shams spiegelt auch die weiter greifenden Erfahrungen vieler anderer Palästinenser wider.

In der Nähe von Bab al-Shams leben in verstreuten Gemeinschaften in und um das Gebiet, das als E1 bekannt ist, rund 2.300 palästinensische Flüchtlinge vom Stamm der Jahalin-Beduinen. Sie wohnen da, seit sie in den frü-

hen 1950er Jahren von Israel aus ihrer ursprünglichen Heimat in der Negev-Wüste vertrieben wurden. Manche von ihnen wurden in den späten 1990er Jahren auch noch ein weiteres Mal vertrieben, um Raum für den Ausbau illegaler israelischer Siedlungen zu schaffen.

Heute leben die Jahalin in der ständigen Angst vor einer weiteren Zwangsvvertreibung, weil Israel im Jahr 2011 einen Plan zum Transfer der Beduinen aus dem Gebiet angekündigt hat, um wiederum Platz für neue Siedlungen zu schaffen. Gegen den größten Teil ihrer Häuser, ihrer Schulen und anderer Infrastruktur sind Abrissanordnungen anhängig, die jederzeit ausgeführt werden können.

Die Räumung von Bab al-Shams spiegelt das Schicksal wider, das die Stämme der Jahalin-Beduinen schon sehr bald erwarten könnten, wenn Israel – wie sich bestätigt hat – seine Pläne weiter fortführt, um im E1-Gebiet mehr Siedlungen zu bauen.

Und obwohl es die Palästinenser - und nicht die israelischen Siedler - sind, die nach internationalem Recht in den besetzten palästinensischen Gebieten Dörfer errichten und planen dürfen, ruft die Räumung von Bab al-Shams eindringlich zu Bewusstsein, dass die israelische Regierung ihnen diese Rechte tagtäglich immer weiter verweigert.

Die Internationale Gemeinschaft sollte dies als ein Warnsignal dafür verstehen, dass ganze palästinensische Gemeinden zwangsweise aus ihren Häusern vertrieben werden, wenn keine unverzüglichen Maßnahmen gegen den Ausbau illegaler israelischer Siedlungen – und besonders gegen den E1 Plan – ergriffen werden. Amnesty International wird diese Gemeinschaften und das Recht der Palästinenser auf friedlichen Protest auch weiterhin unterstützen.

Mauer und Siedlungen in der Westbank sind ein Affront gegen die Rechte von Palästinensern

21. März 2013

Amnesty International hat erfahren, dass sich palästinensische Bauern in Jayyus, einem Dorf in der nördlichen Westbank, die durch den militärischen Zaun/die Mauer (in diesem Gebiet ein schwer bewachter, elektrischer Stacheldrahtzaun) ohnehin schon seit Jahren Probleme beim Zugang zu ihrem Land haben, jetzt damit konfrontiert sehen, dass israelische Siedler noch zusätzliche Hindernisse aufbauen.

Die Siedler haben im Norden der israelischen Siedlung Tsufim auf dem Land der Bauern einen aus Wohnwagen bestehenden Außenposten eingerichtet, offenbar als Reaktion darauf, dass die israelische Armee nun endlich damit begonnen hat, sich entsprechend des Urteils des Obersten Israelischen Gerichtshofes zu verhalten, nach dem der Verlauf des Zauns umgestaltet werden muss, um den Bauern einen Teil ihres Landes zurückzugeben. In der Nähe eines der Zugangstore im militärischen Sperrzaun für die Bauern von Jayyus hielten Jugendliche, Männer und Frauen, bei denen es sich offensichtlich um Siedler handelte, am 17. März eine Demonstration ab. Sie bedrohten palästinensische Aktivisten, die dort gegen die Mauer protestierten, und blockierten für mehrere Stunden den Zugang der Bauern zu ihrem Land.

Die Siedler lehnen das Urteil des Hohen Gerichtshofs ab, weil sie erleben müssen, dass den Palästinensern Land zurückgegeben wird, das die israelische Regierung schon für israelische Siedlungsexpansionen verplant hatte.

Die Bauern von Jayyus freuen sich einerseits darauf zu erleben, dass sie 2,4 km² ihres Landes zurückerhalten. Gleichzeitig sind sie bestürzt über die weitläufigen Schäden, die der Bau des neuen Verlaufs des Zauns an dem fruchtbaren Ackerland anrichtet, von dem sie für ihren Lebensunterhalt abhängen.

Und selbst nach Änderung der Route des elektrischen und schwer bewachten Zauns werden sie 5 km² - gut über die Hälfte des Landes von Jayyus - nicht mehr betreten können.

Der internationale Gerichtshof erklärte, dass dort, wo die militärische Mauer auf besetztes palästinensisches Gebiet eindringt, diese gesetzeswidrig ist und entfernt werden muss. Er sagte auch, dass denjenigen, die infolge der Mauer Schäden erlitten haben, ein Entschädigungsanspruch zusteht. Was nach internationalem Völkerrecht auch klar ist, ist dass israelische Siedlungen illegal sind und entfernt werden sollten.

In der Zeit, als die Pläne zum Bau des Zaun/der Mauer in dem Gebiet entwickelt wurden, versprach die israelische Armee den Dorfbewohnern, dass ihnen der freie Zugang zu ihrem Land erlaubt sein würde. Direkt nachdem der Zaun/die Mauer errichtet war, erhielten die meisten Bauern auch eine entsprechende Genehmigung. Schon bald aber begann die Armee damit, einer wachsenden Anzahl von Bauern die Verlängerung dieser Genehmigung zu verweigern und sie und ihre Familien damit des Lebensunterhalts zu berauben.

Jayyus ist eine landwirtschaftliche Gemeinde mit 3.500 Einwohnern, die für ihren Lebensunterhalt alle direkt oder indirekt von der Landwirtschaft abhängig sind. Den Schätzungen der Dorfverwaltung von Jayyus zufolge verfügen derzeit weniger als die Hälfte der Bauern des Dorfes über eine Genehmigung für den Zutritt zu ihrem Land.

In westlicher Richtung liegt die Siedlung, eine der mehr als 130 Siedlungen in denen über eine halbe Millionen Israelis in den besetzten palästinensischen Gebieten leben und die die Ursache für eine ganze Reihe von Verstößen gegen die Menschenrechte von Palästinensern sind, einschließlich des Rechtes darauf, von Diskriminierungen unbehelligt zu bleiben und über einen angemessenen Lebensstandard zu verfügen.

Der Einsatz exzessiver Gewalt gegen palästinensische Zivilisten in der Westbank muss gestoppt werden

4. April 2013

Angesichts der Tatsache, dass die Zahl der palästinensischen Zivilisten, die durch israelische bewaffnete Angriffe im Gebiet der Westbank seit Anfang 2013 getötet wurden, nun auf bereits acht angestiegen ist, erklärte Amnesty International heute, dass Israels militärische Reaktionen auf Proteste in dem Gebiet die Achtung der Menschenrechte von Palästinensern vermissen lassen.

Nach dem erneuten Aufbrausen des Ärgers über die Haftbedingungen palästinensischer politischer Gefangener und anderer palästinensischer Sträflinge sind die fortlaufenden palästinensischen Proteste gegen die israelische Besatzung diese Woche weiter eskaliert. Dazu beigetragen hat auch der Tod in Gewahrsam von Maysara Abu Hamdiyeh, eines palästinensischen Häftlings, der an einer Krebserkrankung gelitten hatte und seit dem Jahr 2002 von Israel festgehalten worden war.

Angesichts des Todes von zwei palästinensischen Teenagern, die am vergangenen Mittwoch von israelischen Truppen an einem Militärposten in der Nähe der israelischen Siedlung Enay in der nördlichen Westbank getötet wurden, versprechen sich die Proteste wohl fortzusetzen.

Das Büro zur Koordination Humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen (OCHA) hat während der Monate Januar und Februar 2013 mehr als 1.000 Verletzungen von palästinensischen Zivilisten durch israelische Streitkräfte in der Westbank dokumentiert.

Amnesty International hat schon früher Bedenken darüber erhoben, dass Israels Militäruntersuchungen internationalen Standards nicht gerecht werden und in eine nahezu vollständige Straflosigkeit für jene münden, die für unrechtmäßige Tötungen verantwortlich sind. Jeder einzelnen Tötung oder erheblichen Verletzung einer Zivilperson durch bewaffnete israelische Kräfte sollte ohne Verzug unabhängig und unparteilich nachgegangen werden, damit die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden und die Opfer und ihre Verwandten Wiedergutmachungen einfordern können.

Israels Militäruntersuchungen von Vergehen im Gaza-Konflikt bestärken Straflosigkeit

17. April 2013

Wie Amnesty International erklärte, ist die Entscheidung des israelischen Militärs, in Bezug auf etwa 65 Fälle von "mutmaßlichem Fehlverhalten" seitens der israelischen Armee (IDF) im Verlauf der Operation "Säule der Verteidigung", des achttägigen Konfliktes im Gazastreifen vom vergangenen Jahr, keine strafrechtlichen Untersuchungen einzuleiten, ein weiterer Schritt, der die Straflosigkeit bestärkt, besonders weil einige der damit abgeschlossenen Fälle schwerwiegende Verstöße gegen das internationale humanitäre Völkerrecht und potentiell Kriegsverbrechen darstellen könnten.

In ihrem Update vom 11. April 2013 ließ das Corps der israelischen Militärstaatsanwaltschaft verlauten, das man beschlossen habe, die Ermittlungen zu 65 der Vorfälle, die hinsichtlich des Konfliktes vom 14. bis 21. November 2012 untersucht worden waren, einzustellen. Immerhin werden die Untersuchungen in fünfzehn weiteren Fällen derzeit noch fortgeführt. Zu den meisten der eingestellten Fälle werden in den aktualisierten Informationen keine Einzelheiten genannt, sodass es unmöglich ist, die Folgen dieser Entscheidungen in vollem Umfang zu bewerten.

Während des Konfliktes waren von beiden Seiten unrechtmäßige Angriffe verübt worden - von israelischen Truppen, die im gesamten Gazastreifen über 1.500 Ziele attackiert hatten, und von bewaffneten palästinensischen Gruppen, die mehr als 1.500 Raketen wahllos auf Israel abgefeuert hatten. Mindestens hundert palästinensische Zivilisten, darunter über dreißig Kinder, und vier israelische Zivilisten wurden getötet.

Amnesty International ist mindestens drei Fällen, die das israelische Militär geschlossen hat, nachgegangen. Zwei davon betrafen israelische Angriffe auf die Wohnhäuser von Familien, bei den Zivilisten verletzt und getötet wurden. Im dritten Fall wurde das jordanische Feldhospital in Gaza-Stadt von einer israelischen Rakete getroffen.

Drei der Fälle, die der Militärgeneralstaatsanwalt nun als eingestellt bezeichnet, hat Amnesty International gründliche recherchiert.

Am Nachmittag des 18. November 2012 kamen gegen 14:30 Uhr 10 Mitglieder der Familie al-Dalu ums Leben, als ihr Wohnhaus in dem dicht besiedelten Vorort von Gaza-Stadt al-Nasser durch eine große Bombe, die ein israelischer Kampfjet ohne Warnung abgeworfen hatte, dem Erdboden gleichgemacht wurde. Unter den Opfern waren vier Kinder unter acht Jahren, ein 17-jähriges Mädchen und vier Frauen.

Verschiedene Nachbarhäuser wurden durch den Angriff schwer beschädigt. Nebenan wurden der 19-jährige 'Abdallah Mohammed al-Muzannar und seine 79-jährige Großmutter Amina Matar al-Muzannar von den einstürzenden Wänden erschlagen, als das Haus durch die Druckwelle zusammenbrach. Andere Mitglieder der Familie wurden verletzt.

In seinen jüngsten Verlautbarungen erklärte der Militärgeneralstaatsanwalt, dass der Angriff gegen einen namentlich nicht benannten ranghohen Terroragenten gerichtet war. Früher hatte das israelische Militär behauptet, Mohammed Jamal al-Dalu sei das Ziel gewesen. Letzterer hatte in der zivilen Polizei der Hamas gedient und war angeblich Mitglied der al-Qassam-Brigaden. Israelische Sprecher nannten unterdessen auch andere Personen als eigentliches Ziel der Attacke.

Mohammed al-Dalu wurde bei dem Angriff getötet, und mit ihm seine Ehefrau Samah und ihre vier kleinen Kinder: Sara (7 Jahre alt), Jamal (5 Jahre alt), Yousef (4 Jahre alt) und der neun Monate alte Ibrahim.

Selbst wenn Mohammed Jamal al-Dalu ein Mitglied der al-Qassam-Brigaden gewesen sein sollte, so ist Amnesty International dennoch überzeugt, dass der Angriff unverhältnismäßig und daher rechtswidrig war.

Laut den jüngsten Erklärungen wurde die Art der Munition für den Angriff ausgewählt, um „die Möglichkeit von Kollateralschäden zu verringern“. Der Abwurf einer großen Fliegerbombe in einem dicht besiedelten Wohngebiet ohne jede Vorwarnung kann indes nicht als Versuch gesehen werden,

in gutem Treu und Glauben eventuelle Schäden für Zivilisten minimieren zu wollen.

Die neusten Erklärungen lassen nicht erkennen, dass die israelische Armee alle möglichen Vorkehrungen ergriffen hat, um zivile Opfer gering zu halten. Amnesty International ist überzeugt, dass der Angriff auf das Wohnhaus der Familie al-Dalu als mutmaßliches Kriegsverbrechen einer Untersuchung unterzogen werden muss – wenn sich die israelische Armee selbst hierzu nicht in der Lage zeigen sollte.

Gegen 4:30 Uhr am Morgen des 20. November 2012 starb die 18-jährige Yusra Basil al-Shawwa, als zwei israelische Raketen in die Wohnung ihrer Familie im dicht besiedelten Shuja'iyyeh östlich von Gaza-Stadt einschlugen. Ihre Mutter 'Adel al-Shawwa wurde schwer verletzt.

Drei weitere Zivilisten (Tareq 'Awni Hijeileh, Saqer Yousef Bulbul und Mahmoud Muhammed al-Zuhri), die sich auf der Straße befanden, wurden bei dem Angriff ebenfalls getötet und mindestens 20 Personen wurden durch Bombensplitter oder herumfliegende Trümmer verletzt, zwei von ihnen schwer.

In ihren jüngsten Verlautbarungen behauptet die israelische Armee (IDF), das Ziel dieser Attacke sei ein „hochrangiger Terrorist“ gewesen, „der sich zu diesem Zeitpunkt in dem Gebäude aufgehalten hat“. Einen Namen nennt die IDF zwar nicht, stellt aber fest, dass Präzisionsmunition verwendet worden sei.

Allerdings waren die Straßen zum Zeitpunkt des Luftschlags sehr belebt, weil eine offizielle Delegation der Arabischen Liga den Vorort passierte und soeben die Baghdad Street, wo das Apartmentgebäude gelegen ist, heruntergefahren war.

Informationen über die Bedingungen in den Gebieten dürften dem israelischen Militär durch seine Überwachungsdrohnen und anhand anderer Mittel zur Verfügung gestanden haben. Die israelische Armee steht in der Pflicht nachzuweisen, dass der Angriff nicht unverhältnismäßig oder wahllos –

und damit unrechtmäßig – war. Die Informationen, die aktuell von der IDF ausgegeben werden, reichen nicht, um diese Bedenken zu zerstreuen.

Während des Konfliktes wurden mindestens drei Krankenhäuser und vier wichtige Gesundheitszentren im Gazastreifen beschädigt. Das jordanische Feldhospital in Gaza-Stadt, das seit Januar 2009 in Betrieb ist, wurde am 19. November 2012 gegen 22:20 Uhr von einer israelischen Rakete getroffen.

Die Rakete beschädigte zwei Stockwerke des Krankenhauses, schlug im Empfangsbereich der dermatologischen Abteilung und der Geburtsabteilung ein. Es wurde niemand verletzt, weil die Klinik schon für die Nacht geschlossen worden war und der letzte Patient kurz zuvor den Bereich verlassen hatte. Doch befanden sich zu dieser Zeit noch Dutzende Ärzte, Krankenschwestern und andere Mitarbeiter auf dem Gelände, die der Attacke nur knapp entkommen sind.

Die jüngsten Verlautbarungen des israelischen Militärs behaupten, dass die Schäden am jordanischen Feldhospital nicht beabsichtigt gewesen seien und aus „Angriffen gegen terroristische Ziele oder Waffen in der näheren Umgebung“ resultiert hätten. Weitere Details hierzu werden allerdings nicht beigebracht.

Es wird dem israelischen Militär klar gewesen sein, wo genau sich das Krankenhaus befindet. Die Mitarbeiter der Klinik, die im Dezember 2012 von Amnesty International befragt wurden, sagten, dass die Einrichtungen des Krankenhauses während des Konfliktes in keiner Weise von bewaffneten Gruppen missbraucht wurden und dass es vor dem Raketenschlag gegen das Gelände keine Warnung gegeben hat.

Nach internationalem humanitärem Völkerrecht sind Krankenhäuser vor Angriffen geschützt. Ein absichtlicher Schlag gegen medizinische Einrichtungen wäre ein Kriegsverbrechen. Die Beweispflicht, dass die Schädigung des jordanischen Feldhospitals wirklich unbeabsichtigt war und dass alle praktikablen Vorsichtsmaßnahmen getroffen wurden, um zivile Opfer zu vermeiden, liegt jedoch nach wie vor bei den israelischen Behörden.

Amnesty International hegt auch Bedenken, weil der für die Untersuchungen der israelischen Armee verantwortliche "Sonderausschuss des Generalstabs" sich vorrangig auf operationelle Nachbesprechungen beruft, die von Militärangehörigen ohne Fachkenntnisse und/oder ohne gesetzliche Befugnis zur Durchführung strafrechtlicher Untersuchungen durchgeführt wurden.

Operationelle Nachbesprechungen von Einsätzen, auch bekannt als "Kommando-Ermittlungen", werden so geführt, dass israelische Planungsoffiziere daraus Erkenntnisse für zukünftige Operationen gewinnen können. Die gesammelten Materialien sind vertraulich und werden nicht an strafrechtliche Ermittler weitergegeben, selbst in den seltenen Fällen nicht, in denen Monate oder Jahre später eine strafrechtliche Verfolgung eröffnet wird.

Bis glaubhafte, unabhängige Untersuchungen durchgeführt und die Verantwortlichkeiten für die Verstöße in beiden Konflikten festgestellt worden sind, werden wir weiterhin alle Staaten dazu aufrufen, jegliche Transfers von Waffen, Munition und damit zusammenhängenden Ausrüstungen, sowie alle Militärhilfen an Israel, an die Hamas und an bewaffnete palästinensische Gruppen auszusetzen.

Israel muss gewaltfreie palästinensische politische Gefangene freilassen und willkürliche Inhaftierungen von Hunderten weiterer Palästinenser beenden

23. April 2013

Der 21. April 2013 ist für den Palästinenser Ahmed Qatamesh der Tag, an dem sich seine Inhaftierung in einem israelischen Gefängnis zum zweiten Mal jährt, und das, ohne dass er wegen einer erkennbaren kriminellen Handlung angeklagt oder vor Gericht gestellt worden wäre. Amnesty International fordert seine unverzügliche und bedingungslose Freilassung. Die Organisation glaubt, dass Ahmed Qatamesh ein gewaltfreier politischer Gefangener ist, den Israel allein wegen der friedlichen Äußerung seiner gewaltfreien politischen Überzeugungen ins Gefängnis gebracht hat.

Ahmed Qatamesh ist einer von rund 160 Palästinensern, die gegenwärtig durch Israel anhand von Administrativhaftanordnungen festgehalten werden. Das Administrativhaftverfahren erlaubt, Betroffene aufgrund geheimer Beweise, für unbestimmte Zeit in Haft festzuhalten. Die Militärstaatsanwaltschaft verweigert Häftlingen und ihren Anwälten den Zugriff auf diese Beweise und damit das grundlegende Recht, für sich selbst eine wirksame Verteidigungsstrategie aufzubauen. Amnesty International fordert die israelische Regierung erneut dringend auf, die Anwendung der Administrativhaft zu beenden und alle Administrativhäftlinge freizulassen, wenn sie nicht unverzüglich wegen eines international anerkannten kriminellen Vergehens angeklagt und entsprechend internationaler Standards für faire Verfahren vor Gericht gestellt werden.

Ahmad Qatamesh ist Akademiker, jemand, der öffentlich seine Meinung kundtut und sich auch schriftlich zu politischen und kulturellen Themen äußert. Hinsichtlich des israelisch-palästinensischen Konflikts befürwortet er eine Ein-Staat-Lösung. Für seine Inhaftierung gibt es keinen offensichtlichen Grund. Amnesty International ist davon überzeugt, dass Ahmad Qatamesh festgehalten wird, um auf diese Weise seine Ansichten zu unterdrücken und um andere palästinensische Aktivisten des linken Flügels von politischen Aktivitäten abzuschrecken.

Seine aktuelle Verwaltungshaft läuft am 28. April 2013 aus; sie könnte aber unbegrenzt oft erneuert werden. Ein Widerspruch gegen die jüngste Haftanordnung wurde nach einer Anhörung am 13. Februar 2013 durch einen Militärgerichtshof abgewiesen. Ahmad Qatameshs Anwalt wandte sich daraufhin an den Obersten Israelischen Gerichtshof, aber auch diese Eingabe ist im April 2013 abgelehnt worden. In keinem der beiden Verfahren wurden Gründe für die Ablehnung benannt.

Seine Ehefrau erklärte Amnesty International, dass es für die Familie leichter wäre, wenn ihr Mann zu drei Jahren Haft verurteilt worden wäre. Es liegt in der Natur der Verwaltungshaft, dass die Häftlinge und ihre Familien in einem dauerhaften Zustand der Unsicherheit leben: immer, wenn eine Haftanordnung ausläuft, werden ihre Hoffnungen auf eine Freilassung regelmäßig enttäuscht, sobald sie eine frische Haftanordnung erhalten.

Abgesehen davon, dass man Ahmad Qatamesh ohne Anklage festhält, wird er – wie andere palästinensische Häftlinge und Sträflinge auch – noch weiteren Strafmaßnahmen unterzogen. So darf zum Beispiel nur seine Tochter ihn regelmäßig besuchen – Verwandte, die Einwohner der besetzten Westbank sind, sehen sich mit enormen Hindernissen konfrontiert, wenn sie Besuchserlaubnisse beantragen, um ihre Familienmitglieder in der Haft zu sehen. Anfang 2013 wurde Ahmad Qatamesh vom Gefängnis Ofer in der besetzten Westbank in die Haftanstalt Ramon in Südisrael verlegt. Am 22. April 2013 verbrachte seine Tochter gut 13 Stunden damit, zur Haftanstalt Ramon und zurück zu gelangen, um ganze 45 Minuten mit ihm zu verbringen. Seine Ehefrau sagte Amnesty International, dass er verlegt worden war, nachdem in verschiedenen Gefängnissen und Haftzentren in Israel Proteste ausgebrochen waren, als ein 30-jähriger palästinensischer Häftling – Arafat Jaradat – am 23. Februar 2013 in der Haftanstalt Meggido unter verdächtigen Umständen ums Leben kam.* Obendrein verstößt Ahmad Qatameshs Inhaftierung innerhalb Israels gegen die Vierte Genfer Konvention hinsichtlich des Schutzes von Zivilpersonen in Zeiten des Krieges, die festschreibt, dass Häftlinge aus der Bevölkerung eines besetzten Gebietes auch innerhalb dieses Gebietes inhaftiert werden müssen.

Ahmad Qatamesh ist jetzt 62 Jahre alt und sein Gesundheitszustand verschlechtert sich kontinuierlich – er leidet an nicht diagnostizierten Beschwerden, die Übelkeits- und Schwächegefühle verursachen, wie seine Frau erklärte. Seiner Anfrage, einen unabhängigen Arzt zu sehen, wurde von den Gefängnisbehörden nicht stattgegeben, obwohl die Mindeststandardregeln zur Behandlung von Gefangenen der Vereinten Nationen festlegen, dass Häftlingen, die nicht unter Anklage stehen, in einem vernünftigen begrenzten Maß der Besuch und die Behandlung durch ihre eigenen Ärzte erlaubt werden sollte. Das Regelwerk der Vereinten Nationen zu den Grundprinzipien für den Schutz aller Personen, die sich in irgendeiner Weise in Haft oder unter Arrest befinden, schreibt fest, dass Häftlinge „das Recht haben, eine Bitte oder eine Eingabe an eine gerichtliche Stelle oder eine andere Behörde zu richten, mit der sie eine zweite medizinische Untersuchung oder eine zweite ärztliche Meinung beantragen.“

Stoppt juristisches 'Mobbing' palästinensischer Aktivisten

4. Juli 2013

Amnesty International hat den israelischen Behörden vorgeworfen, die palästinensische Aktivistin Nariman Tamimi zu mobben und sie mit juristischen Mitteln zu schikanieren. Tamimi wurde heute teilweise unter Hausarrest gestellt, um zu verhindern, dass sie an friedlichen Protesten teilnimmt, während sie ihren Prozess in der kommenden Woche erwartet. Hier handelt es sich um eine beständige Kampagne der Schikane, die letzte, in einer langen Kette von Menschenrechtsverletzungen an Nariman Tamimi, ihrer Familie und den Mitbewohner des Dorfes, in dem sie lebt. Diese willkürlichen Einschränkungen müssen unverzüglich aufgehoben und die Anklagen gegen sie fallen gelassen werden.

Tamimi war zusammen mit Rana Hamadi, einer anderen Aktivistin, am Freitag, dem 28. Juni 2013 verhaftet worden, als Dorfbewohner von Nabi Saleh aus Protest gegen den Verlust ihres Landes zu einer nahe gelegenen Quelle gingen. Im Jahr 2009 hatten israelische Siedler die Quelle Al-Qaws in der Nähe des Dorfes Nabi Saleh, in dem Tamimi lebt, besetzt. Die illegale Siedlung erfreut sich nun des Schutzes durch das Militär.

Während des Protestes näherte sich ihnen ein Soldat, der mit einem Stück Papier winkte und ihnen sagte, dass sie verhaftet werden könnten, wenn sie nicht weggingen. Als sie versuchten, das Gebiet zu verlassen, kamen weitere Soldaten heran und nahmen sie fest. Gegen beide Frauen wurde Anklage erhoben, weil sie sich in „einer militärischen Sperrzone“ aufhalten hatten.

Nach ihrer Freilassung gegen Kautions am Montag hat das Gericht sie nun teilweise unter Hausarrest gestellt. Es ist ihnen nicht erlaubt, die Wohnhäuser ihrer jeweiligen Familie freitags zwischen 9:00 Uhr morgens und 5:00 Uhr nachmittags, wenn die wöchentlichen Proteste stattfinden, zu verlassen.

Als Nariman Tamimi nach der Freilassung aus dem Gewahrsam mit Amnesty International sprach, beschrieb sie, unter welchen Bedingungen die

beiden Frauen ihre Haft verbracht hatten. Dazu gehörte, dass ihnen Fußfesseln angelegt waren, dass sie über Nacht in einem Auto festgehalten wurden und dass man sie mit männlichen israelischen Soldaten in einen Lastwagen sperrte, die sie nach Tamimis Aussage laut beschimpften und sie körperlich einschüchterten.

Nariman Tamimi hat schon frühere Festnahmen und Hausdurchsuchungen erlitten. Ihr Ehemann wurde mindestens zwei Mal inhaftiert und als gewaltloser politischer Gefangener festgehalten.

Ihrem Bruder Rushdi Tamimi wurde während einer Demonstration im letzten Jahr (2012) von israelischen Soldaten mit scharfer Munition in den Rücken geschossen. Er starb zwei Tage später im Krankenhaus. Videobeweise zeigen, dass israelische Soldaten die Versuche der Familie verzögerten, ihn ins Krankenhaus zu bringen.

Seit dem Jahr 2009 verbietet Israel Palästinensern und auch Landeigentümern den Zugang zu ihrer Quelle und zu den umgebenden Landflächen, während Siedler freien Zugang zu der Quelle genießen und ihnen erlaubt ist, in direkter Nähe dazu immer noch weitere Gebäude zu errichten.

Die wöchentlichen Proteste sind von unnötigen und exzessiven Gewaltanwendungen durch das israelische Militär geprägt. Das beinhaltet die Verwendung von scharfer Munition, von mit Gummi ummantelten Geschossen und von Blendgranaten, die auf Demonstrierende abgefeuert werden. Der Einsatz von Pfefferspray und Schlagstöcken sowie der Missbrauch von Tränengas sind ebenfalls Teil der israelischen Vorgehensweisen.

In Nabi Saleh haben israelische Truppen in den letzten vier Jahren zwei Demonstranten getötet und Hunderte weitere verletzt. Die darauf folgenden Militäruntersuchungen konnten die internationalen Standards der Unabhängigkeit oder Unparteilichkeit nicht erfüllen.

Regelmäßig fallen Soldaten spät nachts in das Dorf ein, führen Hausdurchsuchungen durch und verhaften Menschen, darunter auch Kinder.

Zerstörung von Häusern und Ställen palästinensischer Schäfer im Jordantal

8. Juli 2013

Am Morgen des 8. Juli riss die israelische Armee drei Häuser sowie zahlreiche Viehpferche ab, die Hirten in Hadidiya im Jordantal gehörten. 22 Menschen wurden dadurch obdachlos, darunter sechs Kinder, eines davon leidet unter Kinderlähmung. Der Abriss fand bei Temperaturen über 40 Grad Celsius statt.

Dies ist bereits der sechste Abriss, den die Großfamilie des 65-jährigen Abd al-Mihde Ghayyadh Salamein, bestehend aus ihm, seiner Frau, ihren beiden Söhnen und deren Familien seit dem Jahre 2000 erduldet. Den heutigen Ereignissen ging ein Abriss am 27. Juni voraus, danach siedelte sich die Familie ein Stück weiter östlich, in Zelten einer humanitären Organisation an. Bei dem Abriss im Juni blieben eine tragbare ökologische Toilette und eine Konstruktion zur Lagerung von Lebensmitteln verschont. Heute wurden sie jedoch zusammen mit dem übrigen Besitz der Familie zerstört. Die Armee gab zuvor keine konkreten Warnungen in Bezug auf den Abriss heraus, die es der Familie ermöglicht hätten, sich auf den Verlust vorzubereiten.

Die gesamte Bevölkerung von Hadidiya (an die 150 Menschen) sowie angrenzende Dörfer sind von einem ähnlichen Schicksal bedroht. Sie befinden sich im Gebiet C (Area C) des Westjordanlandes in den besetzten Palästinensischen Gebieten. Dort wird die Kontrolle der Israelis an Bestimmungen deutlich, die nur eine begrenzte Anzahl palästinensischer BewohnerInnen zulassen, während Siedlungen, die nur für Israelis bestimmt sind, regelmäßig erweitert werden. Gleichzeitig zahlt die palästinensische Gemeinde exorbitante Preise für geringe Mengen an Wasser aus Tankfahrzeugen, die aus mehreren Kilometern Entfernung Wasser für den häuslichen Gebrauch und den Viehbestand zu ihnen gebracht werden, während israelische AnwohnerInnen in der Nähe von einer großzügigen Wasserversorgung profitieren. Die palästinensischen AnwohnerInnen werden von SiedlerInnen belästigt, die ihre Schafe angreifen und die Hirten bedrohen,

wenn sie auf dem Weideland arbeiten. In den vergangenen Monaten haben Hirtengemeinden im ebenfalls im Jordantal gelegenen al-Maleh erlebt, wie Weideland von BrandstifterInnen, mutmaßlich israelische SiedlerInnen, in Brand gesetzt wurde.

Hamis muss die für nach dem Eid-Fest geplante Hinrichtungen in Gaza stoppen

8. August 2013

Amnesty International weist dringend darauf hin, dass die Hamas-Behörden in Gaza mehrere Hinrichtungen, die laut ihren Angaben für diese Woche nach dem religiösen muslimischen Eid al-Fitr Fest geplant sind, stoppen müssen.

Der Generalstaatsanwalt der Hamas sagte letzte Woche, dass angesetzt sei, einige verurteilte "Kriminelle" als "Lektion" für andere öffentlich hinzurichten.

Wir erkennen das Recht und die Verantwortung von Regierungen an, diejenigen vor Gericht zu bringen, denen kriminelle Handlungen zur Last gelegt werden. Aber die Todesstrafe ist grausam und unmenschlich, und es gibt keinen Beweis dafür, dass sie bei der Abschreckung von Verbrechen eine größere Wirkung erzielt als andere Strafen.

Einer der Betroffenen, der nun in Gefahr ist, hingerichtet zu werden, ist ein 27-jähriger Mann, der unter den Initialen H.M.A bekannt ist. In Zusammenhang mit einem anderen Fall soll er während der Haft offenbar gefoltert worden sein, damit er gesteht, einen sechsjährigen Jungen vergewaltigt und ermordet zu haben. Diese Tat soll er angeblich begangen haben, als er noch keine 18 Jahre alt war.

H.M.A. wurde später unter Verstoß gegen internationale Standards wie auch gegen palästinensisches Recht zum Tod verurteilt. Das palästinensische Recht erlaubt in Mordfällen keine solche Strafe, wenn der oder die Täter zum Zeitpunkt der Tat noch unter 18 Jahren alt waren.

Ein 23-jähriger Häftling, der unter den Initialen F.A. bekannt ist, soll Angaben zufolge sein Geständnis ebenfalls unter Folter unterzeichnet haben. Er wurde am 24. März 2013 durch den Zentralen Militärgerichtshof in Gaza-Stadt wegen "Kollaboration mit einer feindlichen Institution" zum Tod verurteilt.

Laut seines Anwalts erschien er weinend und mit zerschrammtem Gesicht vor Gericht. Seinem Anwalt sagte er, dass er während des Verhörs an den Hand- und Fußgelenken aufgehängt und geschlagen worden war.

Sein Widerspruch beim Hohen Militärgerichtshof steht für den 14. August 2013 zur Anhörung an. Sollte dieser nicht zum Erfolg führen, dann steht ihm die Gefahr einer Hinrichtung unmittelbar bevor.

In Gaza ist gegen mindestens 40 Gefängnisinsassen die Todesstrafe verhängt worden, wobei Folter und andere Misshandlungen im Gewahrsam der Sicherheitsbehörden der Hamas weit verbreitet sind und systematisch angewendet werden.

Die Androhungen des Generalstaatsanwaltes Hinrichtungen abzuhalten wurden diese Woche durch das Innenministerium gestützt, als ein Sprecher die Bereitschaft des Ministers bestätigte, „öffentliche“ Hinrichtungen durchzuführen, um „Straftäter“ abzuschrecken, die „darauf aus sind, die Sicherheit der Gesellschaft zu stören“.

Öffentliche Hinrichtungen sind erniedrigend und verstärken noch die Grausamkeit der Todesstrafe. Die Hamas sollte Rechtspflege in der Form betreiben, dass sie Personen, die international anerkannter Verbrechen beschuldigt werden, strafrechtlich verfolgt und in fairen Verfahren, bei denen nicht auf eine Todesstrafe zurückgegriffen wird, belangt, und indem sie dafür Sorge trägt, dass allen Foltervorwürfen in Untersuchungen nachgegangen wird.

Amnesty International fordert die Hamas dringend auf, alle für die Zeit nach dem Eid al-Fitr geplanten Hinrichtungen unverzüglich zu stoppen und noch einen weiteren Schritt zu gehen, indem sie ein Moratorium gegen die

Anwendung der Todesstrafe einrichtet und alle bereits verhängten Todesstrafen in Haftstrafen umwandelt.

Die Hamas-Administration regiert den Gazastreifen seit Juni 2007 und hat seit April 2010 mindestens sechzehn Hinrichtungen durchgeführt. Acht der hingerichteten Personen waren wegen Mordes verurteilt worden, die anderen acht wegen "Kollaboration" mit den israelischen Behörden.

Amnesty International lehnt die Todesstrafe in allen Fällen ohne Ausnahme ab, und zwar ungeachtet der Art oder der Umstände des Verbrechens, der Schuld, der Unschuld oder anderer Merkmale der betroffenen Person oder der Methoden, die ein Staat zur Durchführung der Hinrichtung einsetzt.

Hintergrund

Der Anwalt von H.M.A erklärte Amnesty International, dass sein Mandant schon kurz nachdem er der fahrlässigen Tötung eines Freundes im Jahr 2009 beschuldigt worden war, im Verhör geschlagen und gezwungen wurde, eine zweite Tat zu gestehen, bei der er im Jahr 2000 einen sechsjährigen Jungen vergewaltigt und getötet haben soll.

Im Mai 2010 verhandelte das erstinstanzliche Gericht beide Fälle gegen ihn und verurteilte ihn zu zweimal lebenslänglich sowie zu weiteren vierzehn Jahren Haft für die angebliche Vergewaltigung.

Nach einem Widerspruch der Staatsanwaltschaft erweiterte das Berufungsgericht die Anklage auf Mord in beiden Fällen und erhöhte die beiden lebenslangen Haftstrafen zur Todesstrafe.

Der ehemalige Sträfling Na'el Jamal Qandil Doghmosh wurde am 17. Juli 2012 hingerichtet, nachdem er offenbar unter Folter einen Mord "gestanden" hatte. Seine Familie sagte, dass ihm im Jahr 2010 während des Verhörs die Nägel herausgerissen worden waren und dass sie Verbrennungen und blaue Flecken auf seinem Körper gesehen hatten.

Die letzte Hinrichtung im Gazastreifen fand am 22. Juni 2013 statt, als zwei Männer, die unter den Kürzeln A.M.Gh. und H.J.Kh. bekannt und wegen

"Kollaboration mit dem Feind" verurteilt waren, auf dem Gelände der Polizei in Jawazat im Gazastreifen exekutiert wurden. Berichten zufolge hatte H.J.Kh. gestanden, nachdem er gefoltert worden war.

[Khan al-Ahmar: Die menschenrechtlichen Auswirkungen der Siedlungsexpansionen Israels](#)

13. August 2013 Bericht von Deborah Hyams, Researcherin bei AI. Seit über 60 Jahren kämpfen die Beduinen vom Stamm der Jahalin darum, ihre Lebensweise aufrechtzuerhalten. In den 1950er Jahren wurden sie von ihrem Stammland in der Negev/Naqab-Wüste vertrieben.

Seitdem sind sie von den aufeinander folgenden israelischen Regierungen beständig schikaniert, unter Druck gesetzt und immer wieder umgesiedelt worden, anscheinend in der Absicht, sie so aus ihrer Existenz zu drängen. Die jüngsten Entscheidungen Israels zum Ausbau illegaler Siedlungen in der besetzten Westbank werden für diese Gemeinschaften noch weitere Härten mit sich bringen.

Erst gestern, am 12. August 2013, sind Pläne für rund 900 neue Apartments in Gilo, einer Siedlung im besetzten Ostjerusalem, bewilligt worden. Am Sonntag gab das israelische Wohnungsministerium die Ausschreibungen für den Bau von 1.200 neuen Wohneinheiten in Siedlungen in der Westbank einschließlich Ostjerusalem bekannt. Diese Ankündigung umfasste auch die Siedlungen Ma'ale Adumim und Pisgat Ze'ev, die von einem Gebiet umgeben sind, in dem seit Jahrzehnten mehrere Jahalin-Gemeinschaften leben. Diverse weitere Pläne für den Bau von Siedlungen werden in letzter Zeit ebenfalls immer weiter vorangetrieben.

Das Dorf Khan al-Ahmar ist die Heimat von 20 Jahalin Beduinen-Gemeinschaften, die von israelischen Siedlungsexpansionen im Gebiet östlich von Jerusalem bedroht sind. Dieses Gebiet ist schon seit Jahren als "E1" bekannt. Die Gemeinschaften bestehen aus 2.300 Flüchtlingen, die ursprünglich in den 1950er Jahren von Israel vertrieben worden waren.

Die alte Straße, die einmal zu dem Dorf geführt hatte, ist von den israelischen Behörden blockiert worden. Bis heute waren sie allerdings nicht in der Lage, einen sicheren alternativen Zugang nach Khan al-Ahmar zu schaffen. Es ist, als ob Khan al-Ahmar auf israelischen Landkarten ausradirt worden wäre. Die israelischen Behörden suchen indes immer noch nach Wegen, wie sie die Bewohner von Khan al-Ahmar zwangsumsiedeln können.

Um das Dorf zu erreichen, mussten ich und andere Delegierte von Amnesty International mitten auf der viel befahrenen Verkehrsstraße aus unserem Bus aussteigen, auf den unbefestigten Trampelpfad neben der Hauptstraße hinunterklettern und von dort zu Fuß auf den Hügel nach Khan al-Ahmar steigen. Während hinter uns Autos und LKWs vorbeisausten, realisierten wir, dass dieser Weg von Schulkindern jeden Tag benutzt wird.

Traditionell verdienen die Jahalin ihren Lebensunterhalt mit einer Weidewirtschaft, die vom Zugang zu Weideflächen abhängig ist. Durch den Bau von Siedlungen, Militärbasen und Naturschutzgebieten, die nur für Juden zugänglich sind und die immer tiefer in die Ländereien hinein schneiden, welche die Jahalin für ihre Weidewirtschaft nutzen, werden deren Möglichkeiten, ihre Lebensweise aufrechtzuerhalten, seit Jahrzehnten immer weiter massiv eingezwängt.

Die unablässige Woge illegaler Siedlungen setzt sich fort. Die Verlautbarungen von gestern und die Ankündigungen vom Sonntag sind nur ein Zusatz zu den israelischen Vorschlägen aus dem letzten Jahr, bei denen es auch schon um den Ausbau von Siedlungen im E1-Gebiet ging. Damals hatten die Pläne eine weit verbreitete Verurteilung durch Regierungen aus der ganzen Welt auf sich gezogen.

Solche Ankündigungen sind weit mehr als nur ein weiteres "Hindernis" auf dem Weg für die neuerlichen israelisch-palästinensischen Verhandlungen. Israels kontinuierlicher Siedlungsbau wirkt sich direkt auf die Rechte von Palästinensern aus, die in Gemeinden wie Khan al-Ahmar unter militärischer Besatzung leben. Der Siedlungsbau bündelt in sich eine ganze Litanei von Menschenrechtsverletzungen, denen die Betroffenen tagtäglich aus-

gesetzt sind. Dazu zählt auch die Verweigerung ihres Rechts auf eine angemessene Unterkunft und auf sauberes Wasser.

Viele Wohnhäuser in den Jahalin-Gemeinden wurden durch das israelische Militär zerstört. Und gegen die meisten anderen Gebäude sowie gegen zwei Grundschulen sind Abrissanordnungen anhängig. Die Gemeinden leiden auch unter den immer wieder auftretenden Attacken israelischer Siedler auf die Bewohner, die auch vor Kindern nicht halt machen und sich ebenso gegen Wohnhäuser und Wasserleitungen richten. Diejenigen, die diese Aktionen verüben, profitieren von der nahezu allumfassenden Straflosigkeit.

Seit fast zwei Jahren kämpfen diese Gemeinschaften gegen Israels Pläne, sie zwangsweise aus ihren Häusern nach anderswo umzusiedeln. Ursprünglich hatte die israelische Armee vorgeschlagen, die Jahalin an einen Ort zu bringen, der sehr nah an einer städtischen Mülldeponie liegt, und das ohne mit den Gemeinschaften darüber zu sprechen. Nur durch den Druck lokaler NGOs und seitens der Internationalen Gemeinschaft erklärten die israelischen Behörden sich bereit, nach alternativen Orten zu suchen. Wirkliche Konsultationen mit den betroffenen Beduinen haben indes bis heute noch nicht stattgefunden.

Israels Politik der Ansiedlung israelischer Zivilisten in den besetzten palästinensischen Gebieten und des zwangsweisen Transfers von Palästinensern, die unter Besatzung leben, verstoßen gegen die Vierte Genfer Konvention und sind nach dem Statut über den Internationalen Strafgerichtshof als Kriegsverbrechen zu betrachten.

Die Vereinigten Staaten von Amerika, die die neuerlichen israelisch-palästinensischen Verhandlungen protegieren, wie auch die Europäische Union und alle betreffenden Länder, müssen dafür Sorge tragen, dass Israel sich an das Internationale Völkerrecht hält.

Israel muss die Pläne zur Zwangsumsiedlung der Jahalin aus ihrem Land unverzüglich streichen und alle Abrissanordnungen gegen die Wohnhäuser der Beduinen zurückziehen. Ebenso unverzüglich muss Israel den Bau oder

Ausbau israelischer Siedlungen und der entsprechenden Infrastruktur in der besetzten Westbank einschließlich Ostjerusalem stoppen, und zwar als einen ersten Schritt in Richtung der Entfernung aller israelischen Zivilisten, die in solchen Siedlungen wohnen.

Die Verantwortlichkeiten für Tötungen bei einer israelischer Razzia im Flüchtlingslager in der Westbank müssen geklärt werden

27. August 2013

Wie Amnesty International heute erklärte, deuten die Beweise stark darauf hin, dass die drei Männer, die am Montag bei einer Fahndungsmaßnahme in einem palästinensischen Flüchtlingslager in der besetzten Westbank mit scharfer Munition erschossen wurden, widerrechtlich von den israelischen Truppen getötet worden sind.

Durch die bei der Razzia im Flüchtlingslager Qalandia benutzte scharfe Munition wurden noch weitere 19 Personen, darunter sechs Kinder, verletzt. Einige der Verwundeten, darunter drei Kinder, weisen Verletzungen am Oberkörper auf.

Der absichtliche, tödliche Einsatz von Schusswaffen wie das Abfeuern von scharfer Munition auf den Oberkörper einzelner Personen ist nur zulässig, wenn es zum Schutz des Lebens anderer unvermeidbar ist.

Der Verlust von Menschenleben und die hohe Zahl der Opfer bei diesem Vorfall werfen gravierende Fragen darüber auf, ob die schwer bewaffneten israelischen Truppen in Einklang mit den internationalen Standards vorgegangen sind.

Unter den Getöteten befindet sich auch der 34-jährige Mitarbeiter der Hilfs- und Arbeitsorganisation für Palästina-Flüchtlinge der Vereinten Nationen (UNRWA) Rubin 'Abd al-Rahman Zayed. Israelische Soldaten hatten ihm von einem Militärfahrzeug aus in die Brust geschossen, als er das Flüchtlingslager nach der Razzia verlassen wollte.

Lokale Menschenrechtsorganisationen sagten Amnesty International, dass das unmittelbare Umfeld des Vorfalls ruhig war, als Rubin 'Abd al-Rahman Zayed erschossen wurde, und dass die Soldaten nicht mit Gewalt oder Drohungen konfrontiert waren.

Die Umstände, die den Tod von Rubin 'Abd al-Rahman Zayed umgeben, werfen Bedenken auf, dass es sich hierbei um eine außergerichtliche Hinrichtung unter Verstoß gegen das internationale Völkerrecht handeln könnte.

„Laut der Vierten Genfer Konvention, die Israel als Besatzungsmacht in den palästinensischen Gebieten aufrecht zu erhalten hat, gilt die willentliche Tötung von Zivilisten zudem als ein Kriegsverbrechen.“

Bei den zwei anderen Männern, die während der Razzia von israelischen Soldaten getötet wurden, handelt es sich um Younes Jamal Jahjouh und Jihad Mansour Aslan. Ein Sprecher des Palestine Medical Complex, des Hauptkrankenhauses von Ramallah, sagte Amnesty International, dass beiden Männern in die Brust geschossen wurde.

Die israelische Armee (Israel Defense Forces / IDF) hat erklärt, dass ihre Soldaten mit dem Gebrauch von Schusswaffen reagiert hätten, weil sie um ihr Leben fürchteten, als Palästinenser ihre Jeeps mit Steinen und schweren Gegenständen bewarfen. Die IDF behauptet weiter, Palästinenser hätten auf die Jeeps geschossen und es seien nachher vier Kugeln in den Fahrzeugen gefunden worden.

Selbst wenn die israelischen Soldaten sich bedroht gefühlt haben sollten, so obliegt ihnen dennoch eine Verantwortung dafür, die Risiken derjenigen möglichst gering zu halten, die keine Gefahr darstellen, und sie hätten nur als letzten Ausweg von ihren Schusswaffen Gebrauch machen dürfen.

Diese tödliche Fahndungsrazzia scheint nur ein weiteres Beispiel für den exzessiven Einsatz von Gewalt durch israelische Truppen in den besetzten palästinensischen Gebieten zu sein. Anstatt nun unparteiliche, unabhängige Untersuchungen durchzuführen und dafür Sorge zu tragen, dass sich ihre Truppen an das internationale Völkerrecht halten, versuchen israeli-

sche Sprecher schon jetzt, alle Bedenken über diese Tötungen und schweren Verletzungen zu zerstreuen.

Die IDF hat erklärt, dass das Vorgehen ihrer Truppen laut erster Ermittlungen „den Plänen entsprechend beherrscht, kontrolliert und verhältnismäßig war“.

Amnesty International hat wiederholt Bedenken erhoben, weil Untersuchungen des israelischen Militärs den internationalen Standards nicht Genüge tun und zu einer nahezu vollständigen Straflosigkeit für diejenigen führen, die für widerrechtliche Tötungen verantwortlich sind. Allen Tötungen oder schweren Verletzungen durch israelische Streitkräfte muss unverzüglich, unabhängig und unparteilich nachgegangen werden, und wo Beweise für unrechtmäßige Tötungen oder für den willkürlichen oder missbräuchlichen Einsatz von Gewalt vorliegen, müssen die hierfür Verantwortlichen durch zivile Gerichte in fairen Prozessen zur Rechenschaft gezogen werden.

An dem Montag, der auf die Ereignisse folgte, brachen in der Westbank einschließlich Ostjerusalem Proteste aus, die Berichten zufolge weitere Verletzte und Verhaftungen mit sich brachten.

Die Palästinensische Autonomiebehörde muss die Anwendung exzessiver Gewalt bei polizeilicher Begleitung von Protesten beenden

23. September 2014

Wie Amnesty International heute erklärte, müssen die Polizei- und Sicherheitskräfte der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) in der besetzten Westbank die Anwendung unnötiger und exzessiver Gewalt gegen Demonstranten beenden und wo sie Menschenrechte verletzen, zur Rechenschaft gezogen werden.

Ein [neues Informationspapier](#), das am 23. September 2013 veröffentlicht wurde, beschreibt im Detail wie Polizei- und Sicherheitskräfte wiederholt und ohne dass sie provoziert worden wären, gesetzeswidrige Attacken gegen friedliche Demonstranten durchgeführt haben. An die Behörden der

PA geht zudem der Vorwurf, ihren Polizei- und Sicherheitskräften ein solches Gebaren ohne Strafe durchgehen zu lassen.

Die Standards bei der polizeilichen Begleitung von Demonstrationen in der Westbank verfehlen immer kläglich die internationalen rechtlichen Vorgaben. In der Folge werden die Rechte auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit fortlaufend massiv ausgehöhlt.

Während der Vorfälle am 30. Juni und am 1. Juli letztes Jahr hatten Polizei- und Sicherheitskräfte zum Teil in ziviler Kleidung gewaltsam friedliche Demonstranten attackiert, die gegen ein Treffen zwischen dem palästinensischen Präsidenten Mahmoud Abbas und einem Minister der israelischen Regierung protestierten. Mindestens fünf der Demonstranten mussten nach den Angriffen im Krankenhaus behandelt werden. Dieser Gewalteininsatz führte zu öffentlichen Protesten, und in den Tagen darauf verkündete Präsident Abbas, er habe einen unabhängigen Untersuchungsausschuss ernannt, um den Vorgehensweisen der Polizei- und Sicherheitskräfte nachzugehen. Auch der Innenminister setzte eigene interne Ermittlungen in Gang.

Über ein Jahr danach steht die Veröffentlichung des vollen Berichts der unabhängigen Untersuchung durch die PA immer noch aus, obwohl eine Zusammenfassung der Ergebnisse enthüllt hat, dass Polizei- und Sicherheitskräfte der PA gegen friedliche Protestler, die keinerlei Gefahr dargestellt hatten, und auch gegen Journalisten "unnötige", "ungerechtfertigte" und "unverhältnismäßige" Gewalt angewendet und sich dabei außerhalb der Gesetze bewegt haben. Die internen Ermittlungen des Innenministeriums sollten zu ähnlichen Schlüssen gekommen sein, wobei auch deren Bericht bis heute nicht veröffentlicht worden ist.

Eine 23-jährige Frau, die infolge der Gewalt ins Krankenhaus eingeliefert worden war, sprach mit Amnesty International:

„Ich wurde von einem Polizeibediensteten in ziviler Kleidung attackiert. Er grapschte nach mir, zerkratzte mir den Arm mit seinen Fingernägeln und trat mir in die Beine ... Dann wurde ich von einem Polizisten in Uniform an-

gegriffen, der mir mit einem Schlagstock auf den Kopf hieb, wodurch ich zu Boden ging.“

Trotz der Erkenntnisse des Unabhängigen Untersuchungsausschusses hat die PA keine ihrer Polizei- oder Sicherheitsbediensteten für die Gewalttaten, die diese an friedlichen Demonstranten begangen haben, oder für andere rechtswidrige Verhaltensweisen am 30. Juni und am 1. Juli in Ramallah letztes Jahr strafrechtlich verfolgt. Seit Mitte des Jahres 2012 hat es weitere Vorfälle gegeben, bei denen Kräfte der PA exzessive Gewalt gegen Demonstranten zur Anwendung brachten, was beweist, dass eine solche Straflosigkeit weitere Misshandlungen unweigerlich befördert.

Zuletzt wurde Polizei- und Sicherheitskräften der PA vorgeworfen, bei vier verschiedenen Gelegenheiten im Juli und August 2013 gewaltsam gegen friedliche Demonstranten vorgegangen zu sein. Einige Attacken waren von Bediensteten in ziviler Kleidung durchgeführt worden, die es darauf anlegten, weibliche Demonstranten und Journalisten, die zur Berichterstattung über die Demonstrationen anwesend waren, einzuschüchtern.

In den letzten Monaten waren Sicherheitskräfte auch in die Verursachung des Todes von zwei Palästinensern verwickelt. Khaleda Kawazbeh starb am 8. Mai 2013 unter ungeklärten Umständen während einer Razzia der Polizei in dem Dorf Se'ir in der Nähe von Hebron. Acht weitere Menschen wurden dabei ebenfalls verletzt. Am 27. August 2012 starb der 37-jährige Amjad Odeh, nachdem er offenbar von Polizeikräften der PA bei einer Demonstration in den Kopf geschossen worden war.

Die palästinensische Autonomiebehörde ist dringend gefordert, ein Ende dieses Musters des Missbrauchs von Gewalt durch seine Polizei- und Sicherheitskräfte auszurufen und den Kreislauf der Gewalt und Straflosigkeit zu durchbrechen, der diese Vorgehensweisen befördert. Die PA muss dafür sorgen, dass Polizisten und andere Mitglieder ihrer Sicherheitskräfte, die rechtswidrige Handlungen gegen Demonstranten und andere Personen verüben, strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden und sie muss sicherstellen, dass das Personal aller Ordnungskräfte

hinreichend auf die Beachtung von Rechten geschult ist, wenn es Proteste zu bewachen hat.

Amnesty International fordert auch von der EU, von den USA und von den Regierungen anderer Geberländer, die finanzielle Hilfen an die PA zur Ausbildung ihrer Polizei- und Sicherheitskräfte bereitgestellt haben, zu verlangen, dass letztere für die Beachtung von internationalen Menschenrechtsnormen und –standards in die Verantwortung genommen werden.

Internationale Geber müssen der PA-Führung gegenüber klarstellen, dass sie nicht bereit sind, fortlaufende Rechtsverletzungen durch Polizei- und Sicherheitskräfte der PA zu tolerieren und dass zukünftige Hilfen davon abhängig sind, ob die PA-Führung die Klärung von Verantwortlichkeiten in vollem Umfang sicherstellt.

Asylsuchende werden in Israel noch immer unbefristet inhaftiert

3. Dezember 2011³

Im Vorfeld der für den 4. Dezember 2013 geplanten Abstimmung im Ausschuss für Innere Angelegenheiten der Knesset, des israelischen Parlaments, forderte Amnesty International die israelischen Gesetzgeber dringend auf, die vorgeschlagenen Änderungen des Gesetzes zur Verhinderung der Infiltration abzulehnen, weil dieses ansonsten erlauben würde, dass Tausende von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Migranten auf unbestimmte Zeit in einer entlegenen Haftanstalt in der Wüste festgehalten werden dürfen.

Der Ausschuss kündigte an, dass er den Gesetzentwurf in den nächsten Tagen für seine letzte Lesung vor die Knesset bringen will. Nach Regierungsberichten sorgen diese Änderungen dafür, dass rund 3.300 Menschen unbefristet in einer von der Israelischen Haftverwaltung in der Negev-Wüste betriebenen, eingezäunten Einrichtung interniert werden können, die von der Regierung als "offenes Zentrum" bezeichnet wird. Der Weg der Insassen, um aus diesem "offenen" Haftzentrum freizukommen, verläuft

nach den Bestimmungen des Gesetzentwurfs über die Deportation der Betroffenen in ihre Ursprungsländer – also größtenteils nach Eritrea und in den Sudan.

Flüchtlinge, Asylsuchende und Migranten auf unbestimmte Zeit in einer Einrichtung zu inhaftieren, die im Wesentlichen ein Gefängnis in der Wüste ist, stellt eine flagrante Verletzung internationaler Menschenrechtsnormen dar. Die Knesset muss die vorgeschlagenen Änderungen verwerfen und eine vollständige Überholung der israelischen Asylverfahren einleiten, um diese auf eine Linie mit Israels internationalen Verpflichtungen zu bringen.

Sollten die Änderungen des Gesetzes zur Verhinderung von Infiltration die Knesset passieren, so liefe dies einem Urteil des Obersten Israelischen Gerichtshofs vom 16. September 2013 zuwider. Ein neunköpfiges Richtergremium hatte die im Januar 2012 in der Knesset verabschiedeten Abänderungen des Gesetzes gekippt, nach denen Flüchtlinge, Asylsuchende und Migranten für drei Jahre oder länger inhaftiert hätten werden können. Die Richter zerschlugen diese Maßnahme und betrachteten sie als verfassungswidrig und als „eine gravierende und unverhältnismäßige Verletzung des Rechts der Freiheit der Person, eines grundlegenden Rechtes, das jedem Menschen zusteht, wobei ein solches Vorhaben zudem von den Prinzipien abweicht, die in Israel und in der aufgeklärten Welt allgemein akzeptiert sind.“

Der Gerichtshof wies den Staat an, die Fälle von rund 1.700 Flüchtlingen, Asylsuchenden und Migranten, die in israelischen Gefängnissen inhaftiert sind, zu überprüfen. Weiter ordnete der Hof an, dass diejenigen, die unrechtmäßig inhaftiert sind, innerhalb von 90 Tagen nach dem Urteil und bis zum 15. Dezember 2013 auf freien Fuß zu setzen sind.

Anstatt dieser Anordnung nun in vollem Umfang zu entsprechen, begab sich die Knesset schnell auf den Kurs zur Abstimmung über neue Änderungsentwürfe für das Gesetz zur Verhinderung von Infiltration, die allen Erwartungen zufolge diesen Monat verabschiedet werden sollen.

Zwar würden die vorgeschlagenen Abänderungen die ursprüngliche Dauer der "geschlossenen" Inhaftierung von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Migranten auf ein Jahr reduzieren, danach würde aber dann eine unbefristete Internierung in einem "offenen" Haftzentrum erfolgen. Der hierfür vorgeschlagene Ort ist die Einrichtung in Sadot, die an die Haftanstalt Saharanim angrenzt und in einer entlegenen Gegend in der Negev-Wüste im Süden Israels liegt.

In Sadot untergebrachte Asylsuchende würden dreimal täglich einzeln durchgezählt, was sie - zusammen mit der entlegenen Lage und dem Mangel an öffentlichen Verkehrsverbindungen – wirksam daran hindern würde, die Gegend zu verlassen. Außerdem würde das "offene" Zentrum in den Nächten abgeschlossen.

Der Gesetzentwurf gibt der Belegschaft der Anstalt die Befugnisse, Personen aufzufordern sich auszuweisen, zu durchsuchen, ihnen den Zutritt zu verweigern, sie festzunehmen und sie vom Gelände der Einrichtung zu entfernen. Wenn jemand gegen die Bedingungen der "offenen" Haftanstalt verstößt oder beschuldigt wird, dagegen verstoßen zu wollen, oder als gefährlich für die "Sicherheit des Staates" oder für die "öffentliche Sicherheit" befunden wird, dann kann er oder sie für drei Monate und bis zu einem Jahr in ein Gefängnis überwiesen werden. Diese Bestimmungen sind nicht im Detail ausgearbeitet und können leicht missbraucht werden.

Amnesty International ist überzeugt, dass auch die neu vorgeschlagenen Abänderungen des Gesetzes Israels internationalen rechtlichen Verpflichtungen als Vertragsstaat der Konvention von 1951 hinsichtlich des Status von Flüchtlingen und des entsprechenden Zusatzprotokolls von 1967 sowie des Internationalen Pakts über Bürgerliche und Politische Rechte und der Internationalen Konvention zur Beseitigung aller Formen der Rassendiskriminierung wieder nicht Genüge tun.

Israels Innenminister hat erklärt, dass die Zielsetzung eines solchen "Zentrums" darin liegt, "freiwillige" Rückführungen in die Heimatländer zu bestärken, und betonte dabei die Strafnatur dieser Maßnahme. Rund 90 Pro-

zent der Asylsuchenden in Israel stammen aus Eritrea oder aus dem Sudan. Wenn sie dorthin zurück verbracht würden, stünden alle diese Menschen in der realen Gefahr schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen.

Eritreische und sudanesisische Asylsuchende könnten bei ihrer Rückkehr mit Folterungen und anderen Misshandlungen oder mit Inhaftierungen konfrontiert sein, aber das hat die israelischen Behörden in der Vergangenheit nicht davon abgehalten, durch "freiwillige" Rückführungen gegen das internationale Flüchtlingsrecht zu verstoßen. Eine Deportation kann nicht "freiwillig" sein, wenn sie die einzige Alternative zu einer langwierigen und unbefristeten Inhaftierung darstellt.

Nach internationalem Recht müssen Einschränkungen des Freiheitsrechts von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Migranten ausnahmsweise Maßnahmen sein, die - im Gesetz festgeschrieben - unter den spezifischen Umständen für die betreffende Person notwendig und dem legitimen, damit verfolgten Ziel angemessen sind. Amnesty International fordert die Mitglieder der Knesset dringend auf sicherzustellen, dass jegliche Bestimmungen zur Immigration oder zur nationalen Sicherheit Israels internationalen menschenrechtlichen Verpflichtungen in vollem Umfang entsprechen.

Schon seit langem hat Amnesty International Bedenken, dass Israels Asylsystem die Transparenz fehlt, Asylsuchenden keinen Zugang zu fairen Verfahren bietet und nicht in der Lage ist, ihren Schutz zu gewährleisten. Im Juni 2012 begann die Regierung mit der Umsetzung der Änderungen des Gesetzes zur Verhinderung der Infiltration, das im Januar des Jahres die Knesset passiert hatte. Das Originalgesetz war im Jahr 1954 unter Israels Notstandsregierung in Kraft gesetzt worden. Die Abänderungen ermöglichten die Inhaftierung von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Migranten für drei Jahre oder länger. Amnesty International hatte die israelischen Gesetzgeber gedrängt, den Gesetzentwurf zurückzuweisen.

Wehrdienstverweigerer Omar Saad:

„Ich weigere mich ein Sturmfeuergewehr in die Hand zu nehmen und es auf einen anderen Menschen zu richten.“

4. Dezember 2013

Schon als er noch ein Kind war, wusste der arabische Israeli Omar Sa'ad, dass 18 Jahre alt zu werden, für ihn mit Schwierigkeiten verbunden sein würde.

Nur wenige Tage nach seinem 18. Geburtstag am 17. November rief die israelische Armee seinen Vater an und erklärte ihm, dass sein Sohn Omar am 4. Dezember 2013 zum Antritt seiner Einberufung in den Militärdienst erwartet werde.

Der Anruf kam nicht überraschend – für die meisten Staatsangehörigen in Israel ist der Militärdienst obligatorisch – doch was heute passieren dürfte, könnte einen bleibenden Eindruck hinterlassen.

Heute wird Omar Sa'ad seinen Protest gegen seine Beteiligung an Menschenrechtsverletzungen an Palästinensern in den besetzten palästinensischen Gebieten durch die israelische Armee demonstrieren.

Und es ist kein Protest wie jeder andere.

Omar Sa'ad, seine Schwester und seine zwei Brüder, die gemeinsam das Galiläa-Quartett bilden, werden vor dem Büro, in dem Omar vorstellig werden muss, eine Version des Liedes „We wish you a Merry Christmas (Wir wünschen Euch eine Frohe Weihnacht)“ vortragen. Und danach wird Omar hineingehen und es ablehnen, sich zum Militärdienst einzuschreiben.

Es ist höchstwahrscheinlich, dass die Armee ihn dafür in Arrest nimmt und man ihn dann zu mindestens 28 Tagen Gefängnis verurteilt – eine Strafe, die jedes Mal, wenn er sich weiter weigert, aufs Neue verhängt werden kann.

Zu Amnesty International sagte er: „Ich weigere mich ein Sturmgewehr in die Hand zu nehmen und es auf einen anderen Menschen zu richten. Ich verabscheue diese Gewalt und alles, was mit Gewalt zusammen hängt. Ich verabscheue und hasse alle Gewalt.“

Omar ist Druse und stammt aus dem Dorf Maghar im Norden Israels. Sein Dilemma begann, als er noch ein kleiner Junge war und ihm bewusst wurde, dass er mit 18 Jahren gezwungen sein würde, Soldat zu werden.

Letztes Jahr wurde er zu einer medizinischen Musterungsuntersuchung eingeladen, die bestätigen sollte, dass er für die Einberufung in den israelischen Militärdienst geeignet ist.

Als Zeichen seines Protestes schrieb er einen offenen Brief an den Premierminister und an den Verteidigungsminister. Darin stand: „Ich verweigere, weil ich ein Mann des Friedens bin, und ich hasse alle Formen von Gewalt, und die Institution des Militärs stellt für mich den Gipfel aller physischen und psychologischen Gewalt dar.“